

mit den zur Sicherheit der Forderung empfangenen beschränkt ist, also Eigenthümer der empfangenen Werthpapiere wird und es nach der aus dem Wesen des Geschäftes sich ergebenden Absicht der Vertragsschließenden werden soll, nach dieser seiner rechtlichen Natur als ein Rechtsgeschäft dar, bei welchem das Darlehnsgeschäft mit einem unter der Abrede des Wiederkaufs geschlossenen Kaufvertrage über die ihrer Gattung nach bestimmten Werthpapiere gemischt ist. In dem uneigentlichen Lombardgeschäft ist also seinem rechtlichen Wesen nach ein mit einem Rücklauf verbundener Kaufvertrag enthalten, dessen wirtschaftlicher Bedeutung die Sicherheitsbestellung für eine Darlehnsforderung des Käufers und Rückverkäufers ist.

Die Frage, ob das hier vorliegende Geschäft als ein uneigentliches Lombardgeschäft, als welches es der Beklagte aufgefäßt wissen will, anzusehen ist, läßt sich ohne nähere Bestimmung des Rechtsverhältnisses zwischen der Handlung St. und der Klägerin, welche mit einander das in Frage stehende Rechtsgeschäft abgeschlossen haben, einerseits und der Bank des Berliner R.-B., in deren Depot sich die der Klägerin von der Handlung Joseph St. zur Sicherheit bestellten Werthpapiere befunden haben, andererseits nicht beantworten. Nach der Geschäftsordnung für das Giro-Effekten-Depot der Bank des Berliner R.-B. werden die von den Theilnehmern des Depots in dasselbe eingelieferten Effekten, soweit dieselben keiner Verlosung unterliegen, nicht speziell aufbewahrt, sondern den gleichnamigen Gesamtbeständen dieser Effekten hinzugefügt. Und der Einlieferer begiebt sich von vornherein des Rechts bestimmte Nummern oder Abschnitte zurückzuverlangen (§ 8). Allein hieraus ist auf einen mit der Uebernahme der Werthpapiere Seitens der Bank sich vollziehenden Uebergang des Eigenthums an den Werthpapieren auf die Bank nicht zu schließen. Andere Festsetzungen der Geschäftsordnung stehen mit dieser Annahme in Widerspruch. Nach § 5 läßt sich die Bank nicht auf die Einziehung fälliger Zinscoupons und Dividendenscheine, die Ausübung von Bezugsrechten und die Vertretung in Generalversammlungen ein. Sie bezeichnet es vielmehr als Sache der Eigenthümer der Werthpapiere, für die Wahrung dieser Interessen selbst Sorge zu tragen. Nach § 7 liefert die Bank die fälligen Coupons und Divi-

dendenscheine am Fälligkeits- oder dem üblichen Abtrennungstermine aus und übersendet die abgeschnittenen Coupons und Dividendenscheine dem in der Abholung säumigen Mitgliedern auf deren Gefahr und Kosten. Nach § 21 sind die „Giro-Effekten-Konto-Inhaber“ befugt, jederzeit eine Vergleichung der Bestände zu veranlassen. Nach § 27 endlich haftet die Bank für die Werthpapiere nur nach Maßgabe der gesetzlichen Pflichten des Verwahrers, und Verluste, für welche darnach die Bank nicht einzutreten hat, sind von den Mitgliedern des Giro-Effekten-Depots nach Verhältniß des Anthells, welchen sie am Tage des Verlustes an der betreffenden Effectgattung gehabt haben, gemeinschaftlich zu tragen. Diese Bestimmungen weisen auf ein Fortbestehen des Eigenthums der Einlieferer von Werthpapieren mit der Maßgabe hin, daß, wenn mehrere Mitglieder des Giro-Effekten-Depots Werthpapiere einer und derselben Gattung, welche Papiere also nach § 8 der Geschäftsordnung zusammengelegt und vermischt werden, eingeliefert haben, zwischen den mehreren Einlieferern ein Gemeinschaftsverhältniß nach Maßgabe des Vertrages der eingelieferten Stücke entsteht und so lange bestehen bleibt, als im Depot gleichnamige Stücke mehrerer Einlieferer sich befinden. Von dem eigentlichen Verwahrungsvertrage weicht das im vorliegenden Falle begründete Rechtsverhältniß nur insofern ab, als mit der im § 8 der Geschäftsordnung enthaltenen Bestimmung die Bank in die Rechtslage kommt, sich in allen Fällen, auch in dem Fall, daß im Depot Werthpapiere einer bestimmten Gattung nur von Einem Einlieferer enthalten sind, ohne Verletzung ihrer Vertragspflichten zur Eigenthümerin der übernommenen Stücke zu machen, sofern sie nur dafür Sorge trägt, daß an Stelle der Stücke, zu deren Eigenthümerin sie sich gemacht hat, andere Stücke gleicher Gattung zur Verfügung des Einlieferers bereit gehalten werden.

(Fortsetzung folgt)

Verschiedenes.

Die Hamburger Zollvereins-Niederlage wird bekanntlich mit dem Tage des Zollanschlusses als Verbindungsglied in der bisherigen Stellung Hamburgs als Freihafen und Zollstadt aufgehoben werden, dergestalt, daß die Niederlage nicht mehr unter zollamtlicher Controle steht. Die Zukunft der Niederlage war bisher sehr zweifelhaft, und es deutete noch der letzte Jahresbericht der Actiengesellschaft an, daß der Staat als Haupt-Actionär wahrscheinlich die Baulichkeiten zu einem bestimmten Procentsatz übernehmen werde. Die Angelegenheit hat inzwischen eine andere Gestaltung erhalten, und die Zollvereins-Niederlage, in welcher zur Zeit an 400 Firmen arbeiten, wird, dem Frdbbl. zufolge, in unveränderter Weise fortbestehen bleiben. Die Nachfrage nach Lagerräumen innerhalb der Zollstadt wächst mit jedem Tage, je mehr der Zollanschluß uns näher tritt. Die Lagerräume in der Niederlage sind augenblicklich noch in der Erweiterung begriffen, und die meisten Firmen werden in dem umfangreichen Complex auch ferner ihre Lager- und Arbeitsräume behalten. Die Zollvereins-Niederlage als Actiengesellschaft besteht jetzt seit dem Jahre 1870 und hat im Laufe von nahezu 18 Jahren dem Hamburger Handel als „ein Stück Zollgebiet“ treffliche Dienste geleistet.

Aufhebung der Hamburger Accise. In der Nacht zum 1. September, Punkt 12 Uhr, ist eine alte Hamburger Einrichtung gefallen. Um diese Zeit verließen nämlich die Accise-Beamten sämmtlich ihre Posten. Bis zum Morgen bewegten sich Wagen-Colonnen, die hauptsächlich Mehl und Bier aus den Vororten brachten, in die innere Stadt.

Das Zoll-Regulativ für die Unterelbe wird im Hamburgischen Amtsblatte mit dem Bemerkten veröffentlicht, daß dasselbe mit dem Tage des Zollanschlusses an die Stelle des Regulativs vom 8. December 1881 tritt.

Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet. Der Senat bringt Folgendes zur öffentlichen Kenntniß: Der Bundesrath hat auf Antrag der freien und Hansestadt Hamburg beschloffen, daß das Hamburgische Gebiet mit Ausnahme des verbleibenden Freihafengebietes und der Hafenanlagen zu Cuxhaven dem Zollgebiet anzuschließen sei. Als Zeitpunkt des Zollanschlusses ist von dem Reichskanzler auf Grund der ihm vom Bundesrath erteilten Ermächtigung der 15. October festgesetzt worden. Das Regulativ für die Zollabfertigung bei den mit dem Zeitpunkt des Zollanschlusses in Wirksamkeit tretenden Hamburgischen Hauptzollämtern und den denselben unterstellten Zollstellen umfaßt 112 Paragraphen und 14 Anlagen, von denen die erste ein Verzeichniß der Zollstellen in Hamburg, der zu denselben führenden Zollstraßen und der erlaubten Lösch- und Ladestellen bietet, während die übrigen verschiedenen Formulare, als Declarationen, Quittungen etc. enthalten.

Ueber die Auslegung der Verordnung des Senats vom 17. September 1888, betreffend die Nachversteuerung beim Zoll-Anschlusse Hamburgs, sowie des dazugehörigen Nachsteuertarifs, speciell Holzwaaren, als Bau- und Nutzholz, und deren Fabrikate betreffend, waren einige Mißverständnisse entstanden. Um sich darüber nun Aufklärung zu verschaffen, haben sich einige Fachleute der Holzbranche direct an die betreffende Behörde gewandt. Dieselben haben in Erfahrung gebracht, daß z. B. Bau- und Nutzholz, welches aus dem bisherigen Zollinlande stammt, steuerfrei ist, eben weil es in dem angeführten Nachsteuertarif nicht mit angeführt ist, desgleichen alle in den anzuschließenden Gebietsheilen hergestellten Möbel, Tischlerarbeiten etc. Der Nachsteuertarif behandelt nämlich nur diejenigen Waaren etc., welche aus dem Zoll-Auslande stammen und bisher für das Zoll-Inland steuerbar waren, während derjenigen Waaren resp. Fabrikate oder Halbfabrikate, welche aus dem bisherigen Zollgebiete nach Ham-